

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Befendinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Beitzelle oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Karl Marx.

(Zum hundertsten Geburtstag.)

Am 5. Mai 1818, vor nunmehr hundert Jahren, wurde Karl Marx geboren; ein Mann, dem die gesamte Arbeiterklasse der Welt mehr verdankt als irgendeinem andern. Sein Leben war der Befreiung des Proletariats gewidmet, dem er das wissenschaftliche Rüstzeug zu seiner Emanzipation geliefert hat.

Eine gewerkschaftliche Theorie findet man in Marx' Schriften allerdings nicht. Zwar nimmt Marx bereits in seinem Buche: „Das Elend der Philosophie“, das im Jahre 1847 erschien, Stellung zu den Arbeiterkoalitionen und führt aus: Die Arbeiterkoalitionen hätten keinen Augenblick aufgehört, mit der Entwicklung und der Zunahme der modernen Industrie sich zu entwickeln und zu wachsen. Das sei so sehr der Fall, daß der Entwicklungsgrad der Koalitionen in einem Lande genau den Rang bezeichne, den dasselbe in der Hierarchie des Weltmarktes einnehme. Und in einem Vortrage, den Marx im Jahre 1865 gehalten, führte er aus: Daß der von seinen der Arbeiter geübte Widerstand gegen Lohnherabsetzungen und ihre periodisch unternommenen Versuche, Lohnerhöhungen zu erlangen, von dem Lohnsystem untrennbar seien. Allein im „Kommunistischen Manifest“, das im Jahre 1848 erschien, wird ausgeführt:

„Alle bisherige Gesellschaft beruhte . . . auf dem Gegensatz unterdrückender und unterdrückter Massen. Um aber eine Klasse unterdrücken zu können, müssen ihre Bedingungen gesichert sein, innerhalb deren sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Der Leibeigene hat sich zum Mitglied der Kommune in der Leibeigenschaft herangearbeitet, wie der Kleinbürger zum Bourgeois unter dem Joch des feudalistischen Absolutismus. Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als die Bevölkerung und der Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage hinabzusenken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, das heißt, ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“

Demnach gehe in der bürgerlichen Gesellschaft eine absolute Verelendung der Arbeiterklasse vor sich, gegen die eine Gewerkschaftsbewegung allerdings nichts ausrichten könnte. Im Jahre 1849 schrieb jedoch Karl Marx über „Lohnarbeit und Kapital“, er untersuchte dabei auch „die vielgerühmte Gemeinlichkeit des Interesses von Arbeiter und Kapitalist“ und führt aus:

„Solange der Lohnarbeiter Lohnarbeiter ist, hängt sein Los vom Kapital ab. Das ist die vielgerühmte Gemeinlichkeit des Interesses von Arbeiter und Kapitalist. Wächst das Kapital, so wächst die Masse der Lohnarbeit, so wächst die Anzahl der Lohnarbeiter, mit einem Worte: Die Herrschaft des Kapitals dehnt sich über eine größere Masse von Individuen aus. Und unterstellen wir den günstigsten Fall: Wenn das produktive Kapital wächst, wächst die Nachfrage nach Arbeit. Es steigt also der Preis der Arbeit, der Arbeitslohn . . .

Ein merkliches Zurechnen des Arbeitslohnes setzt ein rasches Wachsen des produktiven Kapitals voraus. Das rasche Wachsen des produktiven Kapitals ruft ebenso rasches Wachsen des Reichtums, des Luxus, der gesellschaftlichen Bedürfnisse und der gesellschaftlichen Genüsse hervor. Obgleich also die Genüsse des Arbeiters gestiegen sind, ist die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, gefallen im Vergleich mit den vermehrten Genüssen des Kapitalisten, die dem Arbeiter unzugänglich sind, im Vergleich mit dem Entwicklungsstand der Gesellschaft überhaupt. Unsere Bedürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft; wir messen sie daher an der Gesellschaft; wir messen sie nicht an den Gegenständen ihrer Befriedigung. Weil sie gesellschaftlicher Natur sind, sind sie relativer Natur.“

Hiernach handelt es sich nicht mehr um eine absolute, sondern um eine relative Verelendung der Lage der Arbeiter. Der Abstand zwischen der Lage der Betroffenen

und der Lage der Arbeiter wird immer größer. In seinem bereits erwähnten Vortrage im Jahre 1865 beschäftigt sich Marx mit den Streiks und ihrer Wirksamkeit und führt aus:

„Daß gerade die Entwicklung der modernen Industrie allmählich die Wage zugunsten des Kapitalisten gegen die Arbeiter senken muß, und daß folglich die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion nicht dahin geht, den durchschnittlichen Normallohn zu heben, sondern ihn zu senken, das heißt, den Wert der Arbeit mehr oder weniger auf seine Minimalgrenze zu drücken. Wenn aber die Dinge in diesem System diese Tendenz haben, heißt dies, daß die Arbeiterklasse ihren Widerstand gegen die Uebergriffe des Kapitals aufgeben und von den Versuchen absehen soll, die gelegentlichen Möglichkeiten zeitweiliger Verbesserung bestens auszunützen? Räte sie dies, so würde sie zu einer unterschiedlichen Masse rettungslos ge-

Karl Marx.

Arbeiter für die Menschheit, Spatenschwinger
des Hirns, das dem verfunken Geist
toter Jahrhunderte das Licht entreißt —
so lebst du in uns: Sucher und Vollbringer.

Aus deinen Händen ist der Schatz gerollt,
den du in harter Mühsal dir ergraben.
Du spendest die köstlichste der Gaben
den Ärmsten dieser Welt: der Wahrheit Gold.

Und Ströme junger Hoffnung sah'n sie fließen,
die lastgewohnt das dumpfe Haupt gebeugt:
Wie eine alte Welt die neue zeugt
und reife Lehren aus Ruinen spriesen.

Dein Wort, du Weiser, wurde Keim und Saat,
ward Sang und Freude, Tröster und Erwecker,
ward der verborgnen Wendekraft Entdecker
und Bildner zukunftsstarker Werdetat.

Die Arbeit grüßt dich, großer Wegenthüller!
Ihr starbst du nicht. Dem harten Leben treu,
gebiert ein jeder, jeder Tag dich neu
im Herzen deiner Kämpfer und Erfüller.

Ernst Bergang.

brochener Hungerleider herabgedrückt werden. Ich glaube, gezeigt zu haben, daß ihre Kämpfe um Normallöhne von dem ganzen Lohnsystem untrennbare Vorgänge sind, daß ihre Bemühungen, die Löhne zu heben, in neunundneunzig aus hundert Fällen nur Bemühungen sind, den gegebenen Wert der Arbeit aufrechtzuerhalten, und daß die Notwendigkeit, mit den Kapitalisten um den Preis zu streiten, in ihrer Lage begründet ist, die sie nötigt, sich selbst als Ware zu verkaufen. Würde sie in ihren täglichen Konflikten mit dem Kapital feige nachgeben, so würde sie sich sicherlich selbst der Fähigkeit berauben, irgendeine größere Bewegung zu unternehmen.“

In diesem Rahmen erkannte Marx nicht bloß die Berechtigung, sondern die unbedingte Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung an. Weil dieser Rahmen, innerhalb dessen sich die Lage der Arbeiter aufrechterhalten und verbessern kann, zu eng war, so wurde angenommen, die Arbeiterkoalitionen würden ihn sprengen und an Stelle des Kapitalismus den Sozialismus durchsetzen. Im „Kommunistischen Manifest“ wird die Entwicklung dieser Koalitionen beschrieben. Mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich das Proletariat und wird in großen Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und das Proletariat wird sich seiner Kraft allmählich bewußt. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeoisie zu bilden; sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe sei nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Es bedürfe aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem

Charakter zu einem nationalen, zu einem Massenkampf zu zentralisieren. Jeder Massenkampf sei aber ein politischer Kampf. Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, werde jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz der Arbeiter unter den Arbeitern selbst. Aber sie entstehe immer wieder, stärker, fester, mächtiger, bis durch Hinzukommen mancherlei günstiger Momente, die sich aus dem Auflösungsprozeß der alten Gesellschaft ergeben, endlich der Zeitpunkt für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die als Vorbedingung für die Durchsetzung des Sozialismus aufgefacht wird, reift.

Seinen wiederholt erwähnten Vortrag im Jahre 1866 schloß Marx mit dieser Bemerkung: „Gewerkschaften sind wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Uebergriffe des Kapitals. Sie erweisen sich in Einzelfällen als unwirksam infolge unbedachten Gebrauches ihrer Macht. Sie verfehlen im allgemeinen ihren Zweck dadurch, daß sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuarbeiten und ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation der arbeitenden Klasse, das heißt, die endgültige Abschaffung des Lohnsystems, zu gebrauchen.“

Eine im Sinne dieses Vortrages gehaltene Resolution wurde dem ersten Kongreß der Internationale, der im Jahre 1866 in der Schweiz stattfand, unterbreitet und von diesem beschloffen. Darin wird hingewiesen, daß sich in der Vergangenheit der unmittelbare Zweck der Gewerkschaften beschränkte, „auf die alltäglichen Bedürfnisse, auf augenblickliche Auskunfts Mittel gegen die fortwährenden Uebergriffe des Kapitals, mit einem Worte: auf die Lohnfrage und die Frage der Arbeitszeit“. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften sei nicht bloß berechtigt, sie sei notwendig. Sie dürfe nicht aufgegeben werden, solange das gegenwärtige Produktionssystem dauere. Im Gegenteil, sie müsse verallgemeinert werden durch die Gründung und Vereinigung von Gewerkschaften in allen Ländern. Aber zu ausschließlich mit diesem örtlichen und unmittelbaren Kampfe gegen das Kapital beschäftigt, hätten die Gewerkschaften noch nicht hinlänglich ihre Macht, gegen das System der Lohnsklaverei selbst zu wirken, begriffen und sich deshalb zu sehr von der allgemeinen sozialen und politischen Bewegung ferngehalten. In Zukunft müßten die Gewerkschaften „bewußt als Organisationsmittelpunkte der Arbeiterklasse deren vollständige Befreiung erstreben. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung, die auf dieses Ziel gerichtet ist, unterstützen. Wenn sie sich als Vorkämpfer und Vertreter der gesamten Arbeiterklasse betrachten und demgemäß handeln, können sie nicht verfehlen, die jetzt noch fehlenden Arbeiter in ihre Reihen hineinzuziehen. Sie müssen sich mit ernstem Eifer den Interessen der am schlechtesten bezahlten Arbeiter widmen, wie zum Beispiel der ländlichen Tagelöhner, die durch ausnahmeweise Verhältnisse machtlos geworden sind. Sie müssen die Welt überzeugen, daß ihre Bemühungen, weit entfernt, engbergig zu sein, die Befreiung der unterdrückten Millionen bezwecken.“

Das ist in gedrängter Kürze Marx' Auffassung der Gewerkschaftsbewegung.

Es existiert auch eine „Denkschrift des Zentralkomitees der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiter-Assoziationen an den sozialdemokratischen Kongreß zu Eisenach 1899“, die an Marx' Auffassung der Gewerkschaftsbewegung anknüpft, wonach „die Gewerkschaften allein die richtige Form für die Arbeitervereine und die künftige Gesellschaft überhaupt bieten“ und daher, auch „die Grundbestandteile der Parteiorganisation bilden“ sollten. Diese Denkschrift rührt aber nicht von Marx her, wie sich zweifelsfrei ergibt aus dem „Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844 bis 1883“. Ja, Marx hat hiernach selbst eine Stellungnahme des Eisenacher Kongresses zu dieser Denkschrift verhindert, so daß sie dort gar nicht zur Beratung gekommen ist. Ferner hat sich

Marg im Jahre 1869 zu dem damaligen Hauptkassierer der allgemeinen deutschen Metallarbeiterchaft, Samann, über die Gewerkschaftsbewegung geäußert. — Allein er hat gleichzeitig auch an Engels nach London berichtet, er habe sich bei dieser Unterredung „reserviert und diplomatisierend“ verhalten. Jene Äußerungen sind demnach zu wenig beweiskräftig über Marg's Auffassung der Gewerkschaftsbewegung.

Die kapitalistische Entwicklung erweiterte aber schon während Marg's Lebenszeit den Rahmen, in welchem sich die Lage der Arbeiter erhalten und verbessern läßt. Das ergibt sich aus den vorstehenden Zitaten. Sie sind nicht so aufzufassen, als habe Marg im Jahre 1847/48 bei der Abfassung des kommunistischen Manifestes bloß eine pessimistischere Auffassung von der Lage der Arbeiter gehabt, als später, bei der Abfassung der Resolution für den Kongreß der Internationale 1866, sondern inzwischen hatte sich der Kapitalismus bedeutend entwickelt. Diese Entwicklung hat nach Marg's Tode Dimensionen angenommen, wovon Marg keine Ahnung hatte und kaum haben konnte. Die Gewerkschaftsbewegung hat daher auch größere Erfolge erzielt, als sie zu Marg's Lebenszeit möglich erschienen. Wohl strebt das Kapital auch heute noch danach, die Löhne zu verkürzen, die Arbeitszeit zu verlängern, den Arbeiter durch die Maschine, den arbeitenden Mann durch Weib und Kind zu verdrängen und das Proletariat auf diese Weise zu degradieren. Aber immer mächtiger wächst auch die Empörung der stets anwachsenden organisierten Arbeiterklasse. Immer stärker setzt der Widerstand des Proletariats ein, eine seiner Schichten nach der andern weiß die degradierenden Wirkungen des Kapitalismus zu überwinden!

Freilich, jeden Fortschritt haben die Arbeiter nur im Kampfe gegen das Kapital erobern und behaupten können. Und die gewerkschaftliche Organisation hat sich, besonders in Deutschland, nur unter heftigen Widerständen von Seiten der Staatsbehörden vollzogen. Allein wir wissen schon aus dem kommunistischen Manifest: „Die Bourgeoisie befindet sich im fortwährenden Kampfe: anfangs gegen die Aristokratie; später gegen die Teile der Bourgeoisie selbst, deren Interessen mit dem Fortschritt der Industrie in Widerspruch geraten; stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder. In allen diesen Kämpfen sieht sie sich genötigt, an das Proletariat zu appellieren, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen und es so in die politische Bewegung hineinzureißen.“ Das ist auch während des gegenwärtigen Weltkrieges in Erscheinung getreten. Jedenfalls hat sich die Haltung der Staatsbehörden zu der Gewerkschaftsbewegung seit Ausbruch des Krieges wesentlich geändert. Das wirkt natürlich auch auf die Auffassungen der Arbeiter ein. Es finden sich Personentreife, die den Umschwung als eine Art Weltwende auffassen. Einzelne versuchen, für die neugewonnene Auffassung einen passenden kulturgeschichtlichen Überblick zu gewinnen und schlagen dabei auch mannigfache Wurzelbäume. So wird es auch unternommen, aus dem Revolutionär Karl Marx in „wohlwollender Weise“ einen simplen Entwicklungsmann zu machen, damit er der neuen Auffassung der Dinge entspricht. Allerdings ein etwas merkwürdiges Unternehmen!

Von anderer Seite wird versucht, mit Marx revolutionärer Theorie auf die Gewerkschaften einzuwirken, was ebensowenig zum Ziele führen kann; jedenfalls dann nicht zum Ziele führt, wenn damit bezweckt wird, die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen und zu zersplittern. Denn die menschlichen Kämpfe richten sich nach der wirklichen Bewegung der Tatsachen und Ereignisse, nicht aber nach der Abstraktion, die uns die Theorie gibt. Diese kann uns nur davor schützen, daß wir uns in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen und deren scheinbare Widersprüche verlieren. Die Theorie hilft uns nur, diese oder jene Zusammenhänge zu erklären, die geringe oder große Unregelmäßigkeit oder Abweichung der Bewegung gewahr zu werden; aber sie kann uns nicht helfen, diese Vielfältigkeit oder Unregelmäßigkeit zu überspringen. In Wirklichkeit müssen wir mit dem Leben in der Art kämpfen, wie es uns entgegentritt; aber nicht so, wie es im Buche steht. Nebenbei gilt wohl auch für Marxisten, was im „kommunistischen Manifest“ über die Kommunisten gesagt wird, nämlich, daß sie keine besonderen Prinzipien aufstellen, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats nur die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. Für den schließlich Sieg seiner revolutionären Theorie verließ sich Marx selbst einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse, wie sie aus der vereinigten Aktion und Diskussion notwendig hervorgehen muß. Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampfe gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Erfolge, können nicht umhin, den Kämpfenden die Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Auffassung klarzulegen und ihre Köpfe empfänglicher zu machen für eine gründliche Einsicht in die wahren Bedingungen der Arbeiteremanzipation. Auch Fr. Engels schreibt im Vorwort von 1892 zur „Lage der arbeitenden Klassen in England“: „Eine große Klasse wie eine große Nation lernt nie schneller als durch die Folgen ihrer eigenen Irrtümer.“

Wenn zum Beispiel der Weltkrieg beendet sein wird, und trotz unerhörter Entwicklung des Kapitalismus während des Krieges, oder gerade deswegen, auf den „Luzus“ einer Wirtschaftspolitik verzichtet werden muß, die, vom Standpunkt der Gesellschaft gesehen, Geld kostet, und nur eine Wirtschaftspolitik möglich ist, die, vom Standpunkt der Gesellschaft gesehen, Geld einbringt; wenn die großen Kämpfe um die Lebenshaltung der Arbeiter, die dann kommen sollen, wie so oft und sicher behauptet wird, nicht das wünschbare Resultat zeitigen; wenn der erstrebte Staatssozialismus durchgeführt wird und die Arbeiter in keiner Weise befriedigt; wenn im „neuen“ Deutschland die Kaufkraft des Arbeitereinkommens wesentlich schwächer sein wird als ehemals und die Arbeiterchaft auf den sogenannten Kulturaufwand ganz verzichten muß, der dem Menschenleben einen freundlichen Schimmer, einen Reiz zur Verebelung des Daseins und zum Emporstreben gibt; genug: wenn die Arbeiter nichts mehr in der Gegenwart zu erwarten haben und die Verbesserung ihres Loses in der Zukunft abhängt von ihrer Mitwirkung an der fortschrittlichen Entwicklung der Betriebs- und Arbeitstechnik, von einer besseren Ausnützung der menschlichen und mechanischen Arbeitskräfte, dann dürfte Marg's Theorie im vollen Umfange in der Arbeiterbewegung Trumpf werden, wogegen alle andern Auffassungen über die Kulturentwicklung verblasen.

Nun möchten wir freilich nicht so verstanden werden, als wollten wir behaupten, nach dem Kriege käme die vorbeschriebene Situation. Wir wünschen hingegen, daß die tatsächlich kommende Situation weit besser sein möge, als die vorbeschriebene, und die Gewerkschaften recht viele und möglichst große Erfolge für die Arbeiter erzielen können. Uns kommt es lediglich darauf an, eine Situation zu zeichnen, in welcher Marg's Theorie größeren Menschenmassen mit Leichtigkeit nähergebracht werden kann, als bisher gesehen, und darauf hinzuweisen, daß die Zeit der praktischen Wirksamkeit jener Theorie nicht hinter uns liegt, sondern vor uns. Karl Marx' Größe findet ihren Ausdruck nicht in letzter Linie in der Tatsache, daß er seiner ganzen Gegenwart weit voraus war. Er hatte bereits eine klare Anschauung von den Funktionen des Proletariats auf einer Stufe der bürgerlichen Entwicklung, die noch nirgends in Deutschland erreicht war, und die auch jetzt noch nicht allenthalben erreicht ist. Karl Marx sah mit dem prophetischen Auge des Forschers, der den Werdegang eines von ihm erkannten Prozesses vorwegnimmt.

Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte.

Zwei Schriften, die bei Gustav Fischer in Jena erschienen und von der Gesellschaft für Soziale Reform herausgegeben sind, verdienen besondere Beachtung seitens der gewerkschaftlichen Organisationen. Die Gesellschaft für Soziale Reform hat einen Unterausschuß eingesetzt, der den Ausbau des Arbeiterrechtes untersucht und die sich ergebenden Forderungen formulieren sollte. Über das Koalitionsrecht im allgemeinen ist von diesem Unterausschuß schon vor Jahresfrist ein Büchlein veröffentlicht worden, in dem das Vereinigungsrecht der Arbeiter, wie es sein soll, gemessen wurde an den geltenden Bestimmungen des Strafrechtes und der Polizeigesetze. Auch die überlebten Gefindeordnungen und das mangelhafte Recht der Landarbeiter waren behandelt worden. Von den beiden neuen Heften bringt das erste die Abhandlungen über den Koalitionskampf nach dem geltenden Zivilrecht zum Abschluß. Es beleuchtet die Einflüsse und Kräfte, welche den Beitritt aller Zugehörigen zur Organisation verhindern, die rechtlichen Zwangsmittel, die den Organisationen zur Aufrechterhaltung der Disziplin unter ihren Mitgliedern zur Verfügung stehen, die Verhältnisse bei Streiks, Aussperrungen und Boykotts, und schließlich die Agitationsmöglichkeiten zur erfolgreichen Durchführung der gewerkschaftlichen Kampfhandlungen, insbesondere das Streikpostenstehen.

Das zweite Heftchen betitelt sich Der Koalitionskampf als Problem der Gesetzgebung. Es spricht von den gesetzlichen Änderungen, die vorgenommen werden müssen, wenn die gewerkschaftlichen Rechte zum Ausbau gelangen sollen. Da werden folgende sieben Forderungen gestellt:

1. Alle landesrechtlichen Bestimmungen, durch welche Koalitionen zu Kampfeszwecken verboten werden, sind aufzuheben. Dasselbe gilt vom § 153 der Gewerbeordnung. (Nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats hat der Reichskanzler dem Reichstage bereits eine Vorlage betreffend Aufhebung dieses Paragraphen zugehen lassen.)
2. Der zweite Absatz in § 152 der Gewerbeordnung soll für solche Beziehungen fortfallen, die zwischen den Organisationen und ihren Mitgliedern zur Durchführung eines Tarifvertrages bestehen.
3. Auch nicht rechtsfähige Koalitionen sollen als rechtsfähig behandelt werden, sofern es sich um den Abschluß von Tarifverträgen oder um Ansprüche aus Tarifverträgen handelt.
4. Das Recht, sich zu koalieren, also sich mit andern zur Erreichung gewerkschaftlicher Ziele zu verbinden, muß als

unentziehbares Persönlichkeitsrecht gelten. Abmachungen und Beschlüsse, die dieses Recht beeinträchtigen, sind ungültig.

5. Eine gewerkschaftliche Kampfhandlung kann nur dann ihres Zieles wegen als unerlaubte Handlung im Sinne der §§ 823 und 826 im Bürgerlichen Gesetzbuche angesehen werden, wenn dieses Ziel einem gesetzlichen Verbote widerspricht; die Kampffreiheit muß bis auf diese Ausnahme gegen das Bürgerliche Gesetzbuch sichergestellt werden.

6. Durch das Gesetz muß vorgesorgt werden, daß das Streikpostenstehen geordnet ausgeführt werden kann. Auch durch Polizeiverordnungen, die zum Schutze des Straßenverkehrs erlassen sind, darf es nicht beeinträchtigt werden.

7. Auf Grundlage des freien Koalitionsrechtes ist zur Vorbeugung wirtschaftlicher Kämpfe ein besonderes Tarifvertragsrecht zu bilden und mit Hilfe von Arbeitskammern auszubauen. Obligatorische Arbeiterausschüsse und Sicherungsstellen sind beizubehalten oder neu zu schaffen sowie die Einrichtungen des Einigungswesens fortzubilden, insbesondere durch Errichtung eines Reichseinigungsamtes mit Verhandlungszwang.

Würden diese sieben Forderungen gesetzlich durchgeführt sein, so wäre in der Tat ein Ausbau des gewerkschaftlichen Arbeiterrechtes geschaffen, wie er gewünscht werden muß. Erblickt das Buch im Tarifvertrag eine höhere soziale Organisationsform als in dem Arbeitsvertrag, der zwischen dem Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter abgeschlossen wird, so ist ihm beizustimmen. Wichtig ist, wenn dazu bemerkt wird: „In Wirklichkeit sind die Arbeitsbedingungen nicht nur Niederschläge isolierter individueller Interessen, sondern auch die Wirkung gesellschaftlicher Verhältnisse.“ Was durch eine gewerkschaftliche Organisation erstrebt wird, sind berufliche oder gewerbliche Gemeinschaftsinteressen. Der für einen einzelnen Betrieb geltende Arbeitsvertrag kann allgemeinen sozialen Verpflichtungen verschiedener Art überhaupt nicht gerecht werden; nur durch den Tarifvertrag kann das geschehen. Beispielsweise ist eine die Gesamtheit der Berufsarbeiter umfassende Gestaltung des Arbeitsnachweises oder die Festlegung der Lehrlingszahl durch einen Betriebsvertrag unmöglich. Die treibende Kraft zur Schaffung solcher allgemeinen Tarifverträge sind die Organisationen, ist das freie Koalitionsrecht, das deshalb nicht als Element sozialer Unruhe betrachtet und niedergehalten werden darf, sondern als Träger der sozialen Entwicklung, als Stütze einer höheren sozialen Ordnung anerkannt werden muß. Darum muß auch ein positives Koalitionsrecht geschaffen werden. Es genügt nicht, was bisher geschehen ist, daß nämlich lediglich bestimmte Verbote und Strafbestimmungen aufgehoben wurden; das Koalitionsrecht muß vielmehr ausgebaut und fähig gemacht werden, seine sich selbst gestellten Aufgaben zu erfüllen. Unvereinbar damit sind alle landesrechtlichen Verbote, durch welche bestimmten Arbeitergruppen die wirtschaftliche Kampfbetätigung untersagt wird; unvereinbar damit ist auch § 153 der Gewerbeordnung, der die Organisationen unter ein Ausnahmerecht beugt, dem andere Vereinigungen nicht unterworfen sind, und der die Koalitionen als Organisationen minderen Rechtes erscheinen läßt, die strafrechtlich und unter Umständen auch zivilrechtlich gefaßt werden können.

Gesetzlich unmöglich soll auch gemacht werden, daß gewisse Betriebe für organisierte Arbeiter durch die Unternehmer gesperrt werden. Alle Abmachungen, die den Arbeitern das Recht, sich zu koalieren, kürzen oder entziehen, müssen rechtlich unwirksam gemacht werden. Auch allen organisationsfeindlichen Tendenzen der Richter, durch welche koalitionshindernde Bestimmungen wiederholt für zulässig erklärt worden sind, muß der Gesetzgeber den Boden entziehen.

Die §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches handeln von der Ersatzpflicht bei vorsätzlicher oder fahrlässiger widerrechtlicher Schädigung, insbesondere wenn es in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise geschieht. Auf diese Paragraphen haben sich höchst bedenkliche Gerichtsurteile in gewerkschaftlichen Streitfällen gestützt. Ganz besonders mußte dabei auffallen, daß durch Gerichte die gleiche Schädigung ganz verschieden behandelt worden ist, je nachdem sie durch Unternehmer oder durch Arbeiter veranlaßt worden war. Auf Seite der Unternehmer wird fast immer brutaler und rücksichtsloser gekämpft als seitens der Arbeiter. Aber weil die Kampftätigkeit der letzteren mehr in die Öffentlichkeit dringt, sich mehr in derselben zeigen muß, werden immer nur sie vom Richter gepackt, während die Unternehmer frei ausgehen. Die beiden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches gewähren dem Richter auch das Recht der Nachprüfung, ob ein gewerkschaftlicher Kampf berechtigt war. Bei der Entscheidung darüber ist der persönlichen Auffassung des Richters soviel freier Spielraum gewährt, daß die Arbeiter in der Regel schlecht fahren werden.

Noch viel wird zu tun sein, ehe der Tarifvertrag gesetzlich so fest verankert und für die Arbeiter so frei gestaltet sein wird, wie die Gesellschaft für Soziale Reform es verlangt. Aber unverbrossen muß nach dieser Richtung hin gearbeitet werden, bis das Ziel erreicht ist. § 153 der Ge-

werbeordnung wird ja demnächst fallen. Aber auch alles andere muß stürzen, was einem wirklich freien und allgemeinen Koalitionsrecht im Wege steht.

Genossenschaft und Wissenschaft.

In einem großangelegten wissenschaftlichen Sammelwerk „Grundriss der Sozialökonomik“, an dem die hervorragenden deutschen Volkswirtschaftslehrer mitarbeiten, behandelt der bekannte Volkswirtschaftler Julius Hirsch das Genossenschaftswesen. Er erblickt das Wesen der Konsumgenossenschaften in einer Verbindung des Sozialismus mit dem Individualismus. Durch die Abgabe der Waren zum Tagespreise werde eine Quote für Verwaltungs- und Vertriebskosten gesichert, die, wenn sie feststehe, der Genossenschaft nur gegen Barzahlung unbedingt durchgeführt, so würden alle Kundenschulden vermieden, der Verein erhalte sofort wieder Vorräte und könne im Einkauf alle Vorteile der Barzahlung geltend machen. Durch die Verteilung des Uberschusses nach dem Umlage des Mitgliedes werde dem einzelnen, wolle er seine Rückvergütung vergrößern, ein Anreiz geboten, möglichst viel dem Vereinsgeschäft zu entnehmen; da aber die Erbringung um so höher werde, je größer durch Massenbezug die Verbilligung in den Beschaffungskosten werde, so habe jeder ein Interesse daran, neue Mitglieder für den Verein zu gewinnen. So werde an die Stelle der Abschlußtendenz, die sonst bei Teilhabern gutgehender Kapitalgesellschaften vorliege, geradezu eine Erweiterungstendenz gesetzt. Die durch Verteilung des Uberschusses in längeren Perioden entstehende Extraneinnahme sei für die breiten Unterschichten ein gerade am Jahreschluß sehr erwünschter Aufschuß; für Arbeiterfrauen das wichtigste Anziehungsmittel der Vereine, deren Betriebskapital während des Jahres die sich sammelnden Summen verstärken. Es müsse gesagt werden, daß in der Organisation des deutschen Konsumvereinswesens die Genossenschaftsform reiner zum Durchbruch gekommen sei als in der äußerlich weit größeren englischen, in der die Besitzinteressen des einzelnen Vereins die Umbildung zu größeren Betrieben vielfach verhinderten.

Nach längeren Ausführungen über die Entwicklungsmöglichkeiten der Konsumgenossenschaftsbewegung durch Erweiterung der Eigenproduktion und Verbesserung der Verteilungsweise gelangt Hirsch zu folgendem zusammenfassenden Urteil: „Mit ihrer Sondernatur leisten die Konsumvereine der Verbrauchergesamtheit zweifellos große Dienste. Der isolierte Konsument findet heute im Groß- und Detailhandel keinen sicheren Schutz mehr gegen Willkür für monopolistischer Produzenten; der Detailhändler selber sucht gelegentlich sein lokales Monopol noch auszunutzen. Gegenüber alledem kann der einzelne Konsument nur mit Einschränkung des Verbrauchs reagieren, und das meist nur in bescheidenen Grenzen. Sein sicherster Vertreter ist der Konsumverein; allen Detailhändlern gegenüber wirkt er als Preisregulator; er allein kennt kein Paktieren mit den Produzenten auf Kosten des Verbrauchers. Bei jeder Verteuerung ist er bereit, den Außenseiter zu stützen oder selbst zu produzieren, sofern er es vermag. Insofern hat die Vereinigung von Großbetrieb und Genossenschaft eine eigenartige, durch keine andere Organisationsform zu ersetzende Stellung im modernen Warenverkehr. Um ihren Anteil an diesem aber muß sie dauernd mit andern Handelsformen kämpfen, und der Grad ihres Erfolges hängt davon ab, wie weit sie gegenüber andern Großbetriebsformen in der Verfeinerung der Warenvertriebsmethode zurück oder voraus ist.“

Die eifrige Konsumgenossenschaftliche Betätigung der letzten Jahrzehnte und ihre wirtschaftlichen Erfolge haben die Wissenschaft gezwungen, zu der Konsumgenossenschaft Stellung zu nehmen. Wie es von einer unparteiischen Wissenschaft nicht anders zu erwarten war, ist diese Stellungnahme eine freundliche und anerkennende, was sich die Bekämpfer dieser Bewegung merken sollten.

gründeten Denkschrift zur Kenntnis gebracht. Erwähnt zu werden verdient auch die Unterstützungsaktion der Regierung für Arbeiter in der Kriegsindustrie, die wegen Kohlen- oder Materialmangel an der Arbeit verhindert sind.

Eine innere organisatorische Neuerung bildet die auf der Reichskonferenz, die Ende November 1917 in Wien tagte, eingesetzte Vorstände-Konferenz. Sie hat den Zweck, die Gewerkschaften einander näherzubringen und ständig in Verbindung zu erhalten. Die Vorstände-Konferenz hat im Jahre 1917 bereits einmal getagt und wird auch weiterhin zur Beratung allgemein wichtiger Fragen herangezogen werden.

Die Einnahmen der Gewerkschaftskommission sind gegen das Jahr 1916 um Kr. 6030 gestiegen. Dennoch hat sich das Gesamtvermögen um Kr. 49 212 verringert. Einem weiteren Sinken der Finanzen hat jedoch die erwähnte Reichskonferenz bereits vorgebaut, indem sie eine Erhöhung der Beiträge an die Kommission von 1 auf 2 Heller pro Mitglied beschlossen hat.

Die Erhöhung der Teuerungszulage im Zimmergewerbe in Wien. Auf Grund eines im vorigen Jahre erzielten Uebereinkommens haben noch vor dem 1. März dieses Jahres erneute Verhandlungen über eine weitere Teuerungszulage stattgefunden. Das Ergebnis ist folgendes: Die Teuerungszulage beträgt ab 18. März 1918 Kr. 1,20 pro Stunde; sie gilt bis 28. Februar 1919. Der Grundlohn von 80 Heller pro Stunde bleibt bestehen. Der Stundenlohn beträgt somit ab 18. März 80 Heller plus Kr. 1,20 Teuerungszulage, zusammen also Kr. 2 pro Stunde.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ersatzbücher.

Die Zahlstellenkassierer werden darauf hingewiesen, daß den vollen Mitgliedsbüchern, die jetzt noch zum Umtausch hier eingelangt werden, die für dieses Jahr bereits fälligen Beitragsmarken beizulegen sind. Mitgliedsbücher, die hier ohne die Beitragsmarken für das Jahr 1918 eingehen, werden ohne Ersatzbuch zurückgeschickt.

Beitragsleistung.

Die Woche vom 28. April bis 4. Mai ist die 10. Beitragswoche

"	"	"	5. Mai	"	11.	"	"	"	11.	"
"	"	"	12.	"	18.	"	"	"	12.	"
"	"	"	19.	"	25.	"	"	"	13.	"
"	"	"	26.	"	1. Juni	"	"	"	14.	"

Der Zentralvorstand.

Kassengeschäftliches.

Nachstehende Zahlstellen haben die Abrechnung für das erste Quartal noch nicht eingekandt. (Die mit einem Stern (*) versehenen haben wohl die Abrechnung, aber nicht die Mitgliederliste eingekandt.) Alfeld, Annaburg, Bad Orb, Belgig, Brunsbüttel, Budow, Dahme, Dessau, Eisenberg, Fribbichow, Fürstentum, Gelsenkirchen, Greiz, *Gronau, Halberstadt, Heidenheim, Hennigsdorf, Kallberge, Kattowitz, Kolzig, Labiau, Lahr, Laufitz, Lehnin, Marne, *Merseburg, Nienburg a. d. S., Oldesloe, Pforzheim, Rheinsberg i. d. M., Richtenberg, Salzweil, Schleswig, Staffurt, Stollberg, Strassburg i. d. N., Strassburg i. El., Torgau, Wankendorf, Wittenberg, Bez. Halle, Wusterhausen.

NB. Ueber die beanstandeten und nach dem 15. April wieder zurückgesandten Quittungen über verausgabte Familienunterstützung wird in der nächsten Nummer quittiert.

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Verlängerung des Tarifvertrages für Grunpa-Lützendorf (Zahlstelle Merseburg). Zu dem am 12. September für obige Baustelle vereinbarten Tarifvertrag wurde unterm 19. April dieses Jahres folgender Zusatz beschlossen:

Der am 12. September vorigen Jahres in Berlin abgeschlossene Platzvertrag wird bis zum 31. Dezember 1918 verlängert.

Die im § 3 festgesetzten Stundenlöhne werden für alle im Vertrage festgesetzten Arbeiterkategorien erhöht, vom 1. April dieses Jahres ab um 5 % pro Stunde

"	1. Juli	"	"	"	weitere 5 % und
"	1. Oktober	"	"	"	nachmals 5 %

alles andere, wie im Vertrage festgelegt, bleibt bestehen.

Grunpa, den 19. April 1918.

Kursächsische Braunkohlen Gas und Kraft G. m. b. H.

Fabrik Lützendorf.

Müller, Goldschmidt.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Merseburg.

Karl Dege.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands,

Zahlstelle Merseburg.

Herm. Gramann.

Berichte aus den Zahlstellen.

Augsburg. Am 23. März fand unsere Mitgliederversammlung statt, die nur von 18 Kameraden besucht war. Kamerad Kemmer aus München sprach über das Thema: „Der Kampf der Reaktion gegen die Arbeiterklasse“. In fünfviertelstündigen Ausführungen entlegte er sich seiner Aufgabe. Die Versammlung sollte ihm reichen Beifall. Hoffentlich finden seine Schlussfolgerungen, worin er die Kameraden zur energischen Agitation unter den indifferents Zimmerern aufforderte, allseitige Beachtung. Kamerad Egger kam sodann noch auf die Frühjahrsagitation zu sprechen und legte gleichfalls allen Mitgliedern nahe, sich rege daran zu beteiligen.

Hannover. Am 24. April 1918 starb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied Joseph Adam im neunundfünfzigsten Lebensjahre. Joseph Adam war am 27. September 1849 in Gifternode (Gifternode) geboren. Als im Jahre 1883 unser Zentralverband gegründet war, kam am 9. Oktober gleichen Jahres die Zahlstelle Hannover zustande, und dieser gehörte auch Joseph Adam an, so daß er 1908 zu den Verbandsjubilaren gehörte. In den achtziger und neunziger Jahren war er jahrelang Zahlstellenvorsitzender, auch Delegierter der Zahlstelle auf den Verbandsgeneralversammlungen 1888 in Hannover, 1889 in Weimar, 1890 in Frankfurt a. M., 1893 in Bremen und 1895 in Stettin. Infolge seiner Verbandstätigkeit war er seit den neunziger Jahren gezwungen, selbständig zu arbeiten. Reichthümer hat er sich dabei nicht erworben. Als im Jahre 1900 für das Baugewerbe in Hannover die Zwangsinnung eingeführt wurde und Schreiber dieses als Gesellenauschufmitglied für die Verbesserungen der Leistungen der Innungskrankenkasse eintrat, war Joseph Adam der einzige Arbeitgeber, der ihn unterstützte. Er stellte in allen Sachen, seinen Mann. Seit etwa einem Jahre krank, hat er zweimal Schlaganfall gehabt, wodurch er zeitweilig linksseitig gelähmt war. Er hatte auch ein schweres Asthmaleiden und ist am Herzschlage gestorben.

F. r. M. a. h. n.

Merseburg. Die hiesige Zahlstelle hielt am 18. April im „Tivoli“ eine Generalversammlung ab, die entsprechend der Zeit gut besucht war. Der Gauleiter Hinrichsen referierte über: „Die Aufgaben der Organisation während und nach dem Kriege“. Redner ging des näheren auf die Verhältnisse im Baugewerbe ein, die durch den Kriegsbedarf erzeugt sind. Wenn wir jetzt in einer Hochkonjunktur stehen, so könne man doch nach Friedensschluß mit einer Stodung rechnen, besonders deshalb, da es an Baumaterialien fehlen wird. Jedoch der Bau an Wohnungen und sonstigen Baulichkeiten, die zurückgestellt blieben, zwingen dazu, neue Grundlagen für das Baugewerbe zu schaffen. So sind bereits diesbezügliche Eingaben an die Staatsregierungen seitens der Arbeiterverbände gemacht, aber auch der sogenannte Wirtschaftsband der Unternehmer macht seinen Einfluß auf unser Gewerbe stark geltend; befehlend ist nur sein einseitiges Verhalten, da man glaubt, ohne Mitwirkung der Arbeiter schneller zum gesteckten Ziele gelangen zu können. Bei Preis- und Lohnfragen dürfen sich die Organisationsleitungen niemals ihr Mitbestimmungsrecht rauben lassen. Wir müssen deshalb bestrebt sein, in noch stärkerem Maße, wie dies jetzt die Unternehmer tun, unsere Berufsfolger zu organisieren, um den Gefahren gegenüber, die uns nach dem Kriege drohen, gerüstet, widerstandsfähig dazustehen. Die Ausführungen des Redners wurden mit sichtlichem Interesse und Beifall aufgenommen. — Ueber den Lohnstreit mit der Leitung des Leumawerkes berichtet über den Gang der Verhandlungen in dieser Sache der Vorsitzende. Es wurde betont, daß mit der Zurücknahme der angeforderten Kürzung der 5 % pro Stunde vom 1. April ab dieser Streit noch nicht als beigelegt gilt, sondern man hoffe von der höchsten Instanz des Kriegsrechts, daß es dessen Einfluß gelingen wird, die entzogenen 10 % pro Stunde den Arbeitern des Leumawerkes wieder ausprechen zu sollen. — Den Kassenbericht erstattete der Geschäftsleiter, und zwar folgendes: Die Einnahme für die Zentralkasse beträgt M 1550,40, der die gleiche Ausgabe gegenübersteht. Für die Lokalkasse verblieb nach Ausgabe von M 1586,10 ein Bestand von M 2239,38. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung; es wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. — In verschiedenen Verbandsangelegenheiten wurde ein Revisor neu gewählt. Dann wurde angeregt, für die Familien der eingezogenen Mitglieder einen Betrag aus der Lokalkasse zur zentralen Unterstützung nachzubewilligen. Diese Sache soll dem Vorstände zur Erwägung überwiesen werden, desgleichen der Antrag, eine Agitationskommission zu wählen, die planmäßig vorzugehen hat, um alle Zimmerer des Arbeitsgebietes zum Verbands gewinnen. Dann ist wiederholt darauf hinzuweisen, daß bei der Abreise sich die Mitglieder auch ordnungsmäßig von der Zahlstelle abzumelden haben; es wird damit der Geschäftsleitung viel Zeit und Portokosten erspart. Hoffentlich wird das nunmehr von den betreffenden Mitgliedern strikte beachtet.

Wohlan i. Schl. Am 21. April fand unsere Mitgliederversammlung statt, die sich eines guten Besuches erfreute. Der Kassierer gab die Abrechnung vom ersten Quartal 1918 bekannt. Da aus derselben hervorging, daß die Zahlstelle vom Streik 1914 bei der Zentralkasse mit einem Rest steht, beschloß die Versammlung, den Lokaltarif um 5 % zu erhöhen, damit es ermöglicht wird, in diesem Jahre die Schuld abzubauen. Die Zahlstelle zählt gegenwärtig 17 Mitglieder. Da die Abrechnung geprüft und für richtig befunden worden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kamerad Neumann wurde als Vorsitzender der Zahlstelle gewählt. Die Versammlung sprach den Wunsch aus, daß der Vorsitzende und der Kassierer in der Zeit des Krieges die Zahlstellengeschäfte besorgen sollen. Dann wurde berichtet, daß am 1. April die Unternehmer die Zulage von 5 % pro Stunde wiederum nicht gezahlt haben. Da der Stundenlohn bei Ausbruch des Krieges in Wohlan 40 % betrug, die Teuerungszulagen insgesamt aber 40 %, so mußte der Stundenlohn in Wohlan 80 % betragen. Es werden aber nur 55 % gezahlt, so daß unsere Kameraden in Wohlan um 25 % zu kurz kommen. Der Gauleiter bemerkte hierzu, daß seinerseits bei den Unternehmern versucht worden ist, die Zulage zu erlangen; es ist aber vergebens gewesen; auch das Generalkommando, dem diese Zustände unterbreitet wurden und das um Abstellung dieser Zustände gebeten wurde, habe verjagt. In Wohlan wurde vieles anders in der Sache sein, wenn die jüngeren Kameraden sich entschließen möchten, die ihnen schon mehrmals angebotene besser bezahlte Arbeit in andern Orten anzunehmen; die Unternehmer würden dann mit der Gewährung der rechtmäßig zustehenden Zulagen anders handeln. Die Versammlung beauftragte den Gauleiter, nochmals beim Generalkommando in dieser Angelegenheit zu ver suchen, auf Regelung der Lohnangelegenheit in Wohlan zu drängen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, die Kameraden, die zum nächsten Quartal frei werden, möglichst bald dem Verbands als Mitglieder zuzuführen. Auch sollen diejenigen Mitglieder, die zum Heeresdienst einberufen

Internationale Nachrichten.

Aus Oesterreich. Die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich hat im Jahre 1917 ihren Mitgliederbestand um einiges aufhohen können. Die rückläufige Bewegung, die seit Kriegsausbruch zu beobachten war, scheint überwunden. Das ist dem in der „Gewerkschaft“ erstatteten Tätigkeitsbericht für 1917 zu entnehmen. Genaue Angaben über die Mitgliederstärke liegen noch nicht vor; die angestellten Berechnungen basieren auf der Beitragsleistung. Der Berechnung sind 52 Beiträge zugrunde gelegt. Danach stellt sich die Mitgliederbewegung in den Kriegsjahren wie folgt:

Jahr	Mitgliederzahl	Abnahme	Zunahme
1914	292 103	39 713	—
1915	154 281	137 822	—
1916	130 697	23 584	—
1917	142 295	—	11 598

Auch im allgemeinen macht sich eine gesteigerte Gewerkschaftstätigkeit bemerkbar. Die Lohnbewegungen sind zahlreicher, die Versammlungs- und Werbetätigkeit ist lebhafter, eine Reihe von Gewerkschaften halten ihre Verbandstage ab und treffen Vorbereitungen zum Wiederaufbau. Hierbei ist besonders hervorzuheben, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Beitragserhöhung unter den Mitgliedern fast allgemein verbreitet ist und eine günstige Stimmung für die Zusammenfassung der Kräfte sowie zweckmäßiger Verwendung der Mittel vorherrscht. Die Errichtung der Lohn- und Beschwerdekommisionen haben zweifellos viel zur Belebung des Gewerkschaftslebens beigetragen; denn sie machten es möglich, daß Lohnaufbesserungen und Teuerungszulagen erreicht werden konnten, wodurch der ungeheure Abstand zwischen Verdienst und Preisbildung etwas verringert wurde. Die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften wurden der Regierung in einer ausführlich be-

werden, ihre Abmeldung nicht vergessen, sonst müssen sie nach der Entlassung wieder als neue Mitglieder anfangen, was nicht den besten Eindruck machen würde. Auch unser Fachorgan soll man nicht achtlos beiseite legen, sondern versuchen, sich geistig heranzubilden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Sterbefall.

Frankehal i. d. Pfalz. Fritz Banskow aus Danzig, 69 Jahre alt, starb am 14. April an Magenleiden.
Kattowik. Unser langjähriges Vorstandsmitglied Jos. Sacke ist am 15. April an einem schweren Magenleiden im Alter von 68 Jahren gestorben.
Benzlin. Am 21. April starb unser Mitglied Fritz Helms.

Baugewerbliches.

Eine kommunale Wohnungskonferenz für das westfälische Industriegebiet fand am 18. und 19. April in Dortmund statt. Referate erstatteten Stadtbaurat Strobbe, Dortmund, über „Notstandsmaßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot“, Generalsekretär Stormbrock, Münster, über „Inangabe der Neubautätigkeit“ und ferner über „Fragen der Organisation und Selbstbeschaffung für den Kleinwohnungsbau“. Die Konferenz, an der 250 Vertreter von westfälischen Stadtfreien, Landkreisen und Gemeinden teilnahmen, faßte folgende Entschlüsse: „Die in zahlreichen deutschen Gemeinden, insbesondere in den Industriegebieten infolge des Krieges bereits eingetretene oder noch eintretende Wohnungsnot, die, falls ihr nicht abgeholfen wird, zu einem unerträglichen, politisch außerordentlich bedenklichen Notstand führen wird, kann nur dadurch fühlbar gemildert werden, daß die Uebersteuerung der Neubauten durch Reichsmittel ausgeglichen wird. Eine dieser Entschlüsse entsprechende Eingabe soll dem Reichstage und den Reichs- und Staatsbehörden unterbreitet werden.“

Gewerkschaftsgeschichtliches.

III.

Eine so verschiedenartige Haltung zur Gewerkschaftsbewegung, wie sie zwischen der Eisenacher und der Lassalle'schen Parteirichtung bestand und wie sie am Schluß des vorigen Artikels angedeutet wurde, läßt sich nicht einfach mit größerem oder geringerem Verständnis, mit geringer oder größerer Sympathie oder sonstigen Absichten der beiderseitigen Führer erklären, was sich übrigens auch daraus ergibt, daß der „Staatsstreik“ v. Schweizers und sein Austritt aus der Arbeiterbewegung im Jahre 1871 wohl eine Krise veranlaßte, sonst aber die Haltung der Lassalleaner zur Gewerkschaftsbewegung kaum beeinflusst hat. Nein, diese verschiedene Haltung war historisch bedingt! In der Eisenacher-Partei wirkten die Traditionen der bürgerlichen deutschen Arbeitervereine noch fort, die ja keine proletarischen Kampfvereine waren, sondern in der „Eisenacher“ Partei erst solche werden sollten. Jene Lassalleaner, die sich mit den deutschen Arbeitervereinen zur „Eisenacher“ Partei vereinigten, konnten die bürgerlichen Traditionen wohl beeinflussen, aber nicht mit einem Male wandeln. Sie für die Gewerkschaften und gar noch für gewerkschaftliche Kämpfe mit Eifer einzusetzen, dafür schwere Opfer zu bringen, das konnte man von den deutschen Arbeitervereinen nicht verlangen. Anders der Lassalle'sche Arbeiterverein. Er war ja als proletarischer Kampfverein ins Leben gerufen. Der Kampf gegen die Bourgeoisie bildete das Lebensselement der Agitation der Lassalleaner. So wenig man annahm, daß mit Gewerkschaftsbewegung und Streiks das Vereinsziel erreicht werden könnte, so unterstützte man doch mit Feuereifer jede Aktion, weil sich der Kampf um Arbeiterinteressen drehte und sich gegen die Bourgeoisie richtete. Der Massenbewegte Arbeiter hat immer dahin, wo es gerade blüht. Dafür ließen sich aus der Gegenwart viele Beispiele anführen, worauf ich mich jedoch nicht einlassen kann.

Diese Auffassung kommt auch in einer Artikelserie über „Die Arbeitseinstellungen“ im „Sozialdemokrat“ vom 1. Mai, 3. Mai und 5. Mai 1887 zum Ausdruck. Hier wird festgestellt, daß die Arbeiterklasse durchaus nicht von ihrem unmittelbaren Gefühl betrogen werde, wenn sie in unwiderstehlichem Drange, ja mit fieberhafter Erregung, zu Arbeitseinstellungen griff, sondern daß dem Streik allerdings eine gewisse Berechtigung zukomme. „Was der Arbeiter am leichtesten erkennen kann, ist dies, daß die Höhe des Lohnes, welchen er bezieht, nicht in richtigem Verhältnis steht zu dem, was er in der Gesellschaft leistet. Hat er dies aber erkannt, so ist leicht erklärlich, daß er auch an diesem Punkte die Forderung zum Vorschein durchzuführen hofft, das heißt, daß er auf eine Lohnsteigerung hinarbeiten will. Hieraus erklärt sich, daß überall, wo die moderne Industrie so weit gediehen ist, daß die Unternehmungskasse sich deutlich von der Arbeiterklasse abhebt und diese letztere daher wirklich eine eigene Klasse ist und sich als solche fühlen und erkennen kann, die nun beginnende Arbeiterbewegung sich zunächst auf die Lohnfrage wendet, das heißt, zu Arbeitseinstellungen zum Zweck der Lohnsteigerungen greift.“ Demnach waren Lohnbewegungen und Streiks nicht bloß Angelegenheiten der Arbeiter der einzelnen Berufe, sondern Angelegenheiten der Arbeiterklasse. Nichtsdestoweniger schloß v. Schweizer die Artikelserie mit diesen drei Sätzen und hoffte damit „diesen Gegenstand in seinen Grundzügen ein für allemal klarzustellen zu haben“:

1. Die Streiks sind, ökonomisch notwendig, erfolglos das heißt unter den heutigen Verhältnissen bestimmt sich die Höhe des Lohnes nach gewissen, in den Grundlagen der Gesellschaft wurzelnden Gesetzen, gegen deren Wirksamkeit auf die Dauer nicht aufzukommen ist).

2. Die Streiks sind nichtsdestoweniger ein vorzügliches Mittel, die Arbeiterbewegung zum Ausbruch zu bringen und bis zu der Höhe zu fördern, wo die Arbeiterklasse für ihre eigentliche Klasseninteressen reif ist (das heißt, sie sind geeignet, die Arbeiterklasse soweit vorwärts zu bringen, daß sie in ihrem eigenen Interesse aufstrebende sozialistische

Wissenschaft begreift und demgemäß einseht, daß der Arbeiter Anspruch auf den vollen Ertrag seiner Arbeit hat und daß ein dementsprechender Zustand nur durch die Gesetzgebung herbeigeführt beziehungsweise geregelt werden kann).

3. Wo die Arbeiterbewegung offen für ihr letztes Ziel wirken kann, sind Streiks in der Regel nicht zu billigen (weil nämlich die Arbeiterklasse ihrer vollen Kraft bedarf, um das Endziel [Wanderung der gesellschaftlichen Grundlagen] zu erreichen, durch die Streiks aber die Kräfte vieler von dem einen gemeinsamen Ziele abgelenkt werden, ohne daß der vermeintliche Erfolg, Erhöhung des Lohnes, erreicht wird).

Im nächsten Jahre, 1888, stand aber die Aufhebung der Koalitionsverbote durch den Erlass der Gewerbeordnung in sicherer Aussicht, die ganze Situation versprach dadurch eine andere zu werden. Das konnte einem so scharfsichtigen Politiker, wie v. Schweizer auch nach dem Zeugnis seiner Feinde einer war, nicht entgehen. Er stellte nun die Frage: „Da Streiks da sind und unfehlbar auch ferner kommen, sollen wir die Organisation derselben andern überlassen oder dieselbe selbst in die Hand nehmen?“ Und er entschied sich nicht nur, die Organisation selbst in die Hand zu nehmen, sondern er erzwang durch das Stellen der Rabinetsfrage auch von der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Ermächtigung, in Gemeinschaft mit Frischi den allgemeinen deutschen Arbeiterkongress zur Begründung von Gewerkschaften berufen zu können. Er hielt es eben „für durchaus nötig, daß die sozialdemokratische Partei, als das vorgeschrittenste Element unter den Arbeitern, die Streikbewegung in die Hand nehme“. Wie ganz anders berührt diese rücksichtslose Energie, als das Zustandekommen des Beschlusses des Nürnberger Vereinstages, und dieser Beschluß selbst, der im zweiten Artikel abgedruckt ist! Bei den Lassalleanern wurde eben konzentrische Arbeiterklassenpolitik zeitgemäß betrieben, was man von der „Eisenacher“ Parteirichtung nicht und von ihren Vorgängern noch viel weniger sagen kann.

v. Schweizer schätzte den Masseninstinkt der Arbeiter durchaus richtig ein und orientierte seine Politik danach. Er täuschte sich bloß insofern, daß er annahm, er sei in der Lage, die gewerkschaftliche Verfassung nach den Grundsätzen der Vernunft und mit allseitigem Ueberblick der Verhältnisse auf einmal in vollkommener Zweckmäßigkeit hinstellen zu können. Dazu waren die Verhältnisse noch zu unreif. Gewiß hatte es vom Arbeiterklassenstandpunkt etwas für sich, wenn er ausführte, daß „die tatsächlich vorhandenen Streiks falsch geleitet, ein Mittel würden, die Arbeiterbewegung aufzuhalten, während sie, richtig geleitet, dieselbe fördern könnten“. In Waldenburg i. Schl. zum Beispiel traten im Jahre 1869 die Bergarbeiter, über 6000 Mann, in den Streik ein; sie hatten sich der Fortschrittspartei und Dr. May Hirsch anvertraut; der Streik endete rasch mit einer schweren Niederlage der Arbeiter und hat diesen auf lange Zeit den Mut benommen, neu in Bewegung zu treten. v. Schweizer meinte aber auch: „Weil uns werden die Gewerkschaften von Anfang an sozialistische sein und gerade dadurch den sozialistischen Geist in der Gesamtarbeiterschaft mächtig fördern.“ Das ging nicht nach Wunsch, und daher wohl seine taktische Schwärzung im Jahre 1869.

Nach v. Schweizers Ausscheiden aus der Arbeiterbewegung und nach Beendigung des Krieges 1871 wurde die Lassalle'sche Parteirichtung wieder in die Gewerkschaftsfrage eingeschaltet nach der Formel: „Die Streiks oder richtiger die Vereinigung der Arbeiterklasse zum organisierten Angebot der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt sind ein trefflicher Notbehelf zur möglichst guten Stellung der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaft.“ Die Arbeiterklassensolidarität trat bei jeder gewerkschaftlichen Aktion in Erscheinung, und das führte zu Erfolgen. Die Gewerkschaftsorganisationen der damaligen Zeit waren natürlich jede für sich viel zu schwach und zu unbedeutend, um größere Aktionen aus eigener Kraft durchführen zu können. Selbst Aufrufe zur Sammlung für Buchdrucker findet man in der damaligen Arbeiterpresse, obwohl die Buchdrucker damals schon die stärkste Gewerkschaft bildeten.

Diese Parteitätigkeit für die Gewerkschaftsbewegung hatte natürlich auch Gegner in den eigenen Reihen. Aber ihre Gegnerschaft störte keine Aktion und störte auch die so geartete Parteitätigkeit nicht. Sie machte sich nur auf den Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bemerkbar durch dahingehende Anträge. In der Aktion standen alle Lassalleaner ihren Mann, das war eben taktisches Prinzip und Tradition, und zwar nicht die schlechteste. Die auffälligsten Anträge gegen die Parteitätigkeit für die Gewerkschaften sind ja mit dem Namen Rölke verknüpft. Trotzdem war Rölke einer der eifrigsten Agitatoren bei dem Zustandekommen des ersten allgemeinen Arbeiterkongresses 1868. Er war Präsident der Allgemeinen Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter und hat in dieser Eigenschaft unter den in Frage kommenden Arbeitern eifrig agitiert; er war bei der Gründung des Allgemeinen deutschen Zimmerervereins zugegen und ist kräftig für sein Zustandekommen eingetreten; er hat zeitweilig die Agitation für den Berliner Arbeiterbund betrieben, und er hat auch im Jahre 1875 die gewerkschaftliche Einigungskonferenz mitgemacht. Solche „Gewerkschaftseindlichkeit“ läßt man sich noch gefallen.

Es ist wirklich ein gewagtes Unterfangen, den obigen Satz v. Schweizers, ob die Lassalleaner die Organisation der Streiks „andern überlassen oder selbst in die Hand nehmen sollten“, so auszulegen, als hätte er damit Bebel und Liebknecht zuzurufen wollen. Die konnten das mit ihrer Organisation nicht leisten, was die Lassalleaner geleistet haben. Und wenn man daraus einen Strich zu ziehen sucht, daß v. Schweizer durch die Gewerkschaftsbewegung „den sozialdemokratischen Geist in der Gesamtarbeiterbewegung mächtig fördern“ wollte, so ist daran zu erinnern, daß Bebel selbst schreibt, auch er habe anfänglich die Gewerkschaften als „Rekrutenschulen für die Sozialdemokratie“ betrachtet. Uebrigens machte v. Schweizer die Gewerkschaften auffassen wie er wollte, die Lassalleaner sahen die Gewerkschaftsbewegung nicht bloß als Rekruten-

schulen, sondern als ein Stück Arbeiterklassenbewegung auf; das ergibt sich aus ihrem Eintreten für dieselbe.

Nun wäre noch die Frage zu beantworten, welche der beiden damaligen Parteirichtungen Vorarbeit für die heutige Gewerkschaftsbewegung geleistet hat. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß solche Vorarbeiten keine der beiden Richtungen bemußt geleistet hat, weil wohl keine der beiden Richtungen damals den Glauben gehabt hat, daß heute noch die kapitalistische Gesellschaft bestehen würde. Am allerwenigsten sind aber nachweislich die damaligen Führer der „Eisenacher“ dieses Glaubens gewesen. Äußerungen von Bebel auf den Parteitag der Sozialdemokratie in den neunziger Jahren und Liebknechts Äußerungen in einem 1893 in Bielefeld gehaltenen Vortrage, lassen keinen Zweifel bestehen. Mir widerstrebt es jedoch, diese Äußerungen in diesem Zusammenhange zu zitieren und breitzutreten.

Die gegenwärtige Gewerkschaftsbewegung hat sich nicht aus der Gewerkschaftsbewegung der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts entwickelt; sie hat hingegen neu aufgebaut werden müssen. Dieser Neuaufbau hat sich nicht etwa nach fertigen Schablonen, sondern nach Bedürfnissen der Zeit vollzogen. Betrachten wir aber kurz den Neuaufbau seit etwa 1890, so besteht er aus zentralorganisierten Gewerkschaften, den Konferenzen der Zentralvorständen, der Generalkommission und dem Gewerkschaftskongress. Der Aufbau des Arbeiterschaftsverbandes war ebenso. Zentralorganisierte Gewerkschaften als Fundament, der aus den Zentralvorständen oder Bevollmächtigten bestehende Verbandsausschuß, das Präsidium und die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes. Und der Plan zu diesem Aufbau war in den Köpfen v. Schweizer und Frischi entstanden. Ist es nicht merkwürdig, daß mindestens diese große Mehrlichkeit festgestellt werden kann, ohne daß bei dem Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung die Absicht bestanden hat, den Aufbau des Arbeiterschaftsverbandes nachzuahmen?

Der zentralistische Geist in der gesamten gegenwärtigen modernen Arbeiterbewegung geht traditionell aber auch weiter auf die Eisenacher Parteirichtung, noch auf ihre Vorläufer, die bürgerlichen deutschen Arbeitervereine, sondern auf die Lassalleaner, oder wenn man will, auf die Person Lassalles zurück.

Wenn durchaus Lehren aus solchen geschichtlichen Vergleichen gezogen werden sollen, so ergibt sich vor allem die Lehre, daß sich die Instanzen der Gewerkschaftsbewegung dafür hüten müssen, Differenzen und Konflikte in der politischen Arbeiterbewegung entscheiden zu wollen. Daran ist nämlich der Arbeiterschaftsverband tatsächlich zugrunde gegangen. Gegen solche Fehlerbäume macht auch der gute zentralistische Geist nicht immun!

Versammlungsanleger.

Mittwoch, den 8. Mai:

Schwerin: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus „Thalia“, Graf-Schack-Straße.

Sonabend, den 11. Mai:

Kulmbach: Nach Feierabend bei Hans Hoh, Friedhofstraße.

Anzeigen.

[M. 3,60]

Todesanzeige.

Am 16. April starb unser Mitglied

Gottlieb Bressel

im 70. Lebensjahre.

Er war Mitbegründer unserer Zählstelle.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kameraden der Zählstelle Neuholdenleben.

Verkehrslukale, Herbergen usw.

(Zahresinstitute unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten 2.50, jede weitere Zeile 1.25 mehr. Freie Exemplare werden nicht verabsolgt.)

Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zählstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen für Berlin und Umgeb.: 50, Engelauer 16, 3. St., Zimmer 60. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.

Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolliseum“, Bismarckstraße 162, 1. St., Zimmer 16. Herberge bei Verkehrslokale: Volkshaus und „Plauenische Bierhalle“, Gaitstr. 41. Zureisende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11-1 Uhr und nachm. 5-7 1/2 Uhr.

Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße 32. Zureisende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umschau verboten.

Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgeb.: Bismarckhof 56, Hinterhaus, 1. Stod. Telefon: Nr. 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgeb. sind hier zu melden. Zureisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabsolgt.

Hamburg-St. Georg. Verkehrslokal für Bezirk 4 bei Eduard Stoppel, Rottorfstraße 50. Telefon: Nr. 8, 2584. Jeden Sonntag, vormittags von 9 bis 1 Uhr, Vertragsentgegennahme. Versammlungslokal der Zentralarbeitsstelle der Zimmerer.

Hamburg-Eimsbüttel. Albert Bende, Verkehrslokal, Balleianenstr. 45. Jeden Sonabend Zählabend. Jeden letzten Sonabend im Monat Zählabend der Zentralarbeitsstelle. Telefon: Nr. 6, 2789.

Hamburg-Winterhude. Verkehrslokal bei Herrn Schulz, Marktplatz 16. Telefon: Nr. 6, 1792. Zusammentritt jeden zweiten Montag im Monat.

Mannheim. Zählstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4, 9., 3. St., Zimmer 10 und 11. Telefon 5276. Arbeitsnachweis vorstellend. Sprechstunden täglich von 7 bis 8 1/2 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.

München. Bureau der Zählstelle und Arbeitsnachweis: Pestalottistr. 40/41, Gewerkschaftshaus, 3. Stod, Zimmer 62. Telefon 51030. Sprechstunden: Vormittags von 10 bis 12 Uhr, abends (Montags und Freitags) von 5 bis 7 Uhr, Samstags von 8 bis 11 Uhr ununterbrochen. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenbach 10.